

DIE DARSTELLUNG DER SOLIDARNOŚĆ IN DER REGIONALPRESSE DER DDR AM BEISPIEL DES »SÄCHSISCHEN TAGEBLATTS«

Die polnische Solidarność-Revolution der Jahre 1980/81 wurde von der DDR-Führung mit Unruhe verfolgt. Die SED war sich im Klaren darüber, dass die politischen Ereignisse in Polen auch die eigene Herrschaft und das gesamte sozialistische Lager gefährden konnten. Eine ihrer ersten Reaktionen bestand infolgedessen in der Schließung der östlichen Grenze. Um die Bürger der DDR von Informationen aus und über Polen abzugrenzen, wurde der pass- und visafreie Reiseverkehr zum 30. Oktober 1980 einseitig gekündigt.¹

Mit der Abgrenzung nach außen begann zugleich die Gegenpropaganda im Innern. Zu den wichtigsten Instrumenten, mit denen die Staatsmacht ihre Interpretation der Vorgänge in Polen durchzusetzen versuchte, zählte die parteigesteuerte Presse: Die Zeitungen verschwiegen oder verfälschten unerwünschte Nachrichten aus Polen und verleumdete die Freiheitsbewegung der polnischen Arbeiter, wobei sie sich nicht selten aus dem Arsenal jahrzehntealter antipolnischer Stereotype bedienten. Auch wenn sich eine Mehrheit der Bevölkerung aus westlichen Programmen informieren konnte, so blieben die Berichterstattung und Bewertung durch die DDR-Medien nicht ohne Wirkung auf die öffentliche Meinung, wie Berichte des Ministeriums für Staatssicherheit belegen.²

Offiziell existierte in der DDR keine Pressezensur. Dennoch funktionierten Lenkung und Kontrolle reibungslos.³ In den Archiven lässt sich weder eine

1 Zum Reiseverkehr zwischen der DDR und der VR Polen; Zu zeitweiligen Veränderungen im privaten Reiseverkehr zwischen DDR und VR Polen, Sächsisches Tageblatt (ST), 30. 10. 1980, S. 1 und 2. Siehe allgemein Burkhard Olschowsky, Einvernehmen und Konflikt. Das Verhältnis zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen 1980–1989, Osnabrück 2005, S. 37, sowie Dariusz Wojtaszyn, *Obraz Polski i Polaków w prasie i literaturze NRD w okresie powstania Solidarności i stanu wojennego*, Wrocław 2008, S. 74.

2 Als Beispiel BStU, MfS ZAIG 4152, Bericht zur Reaktion der Bevölkerung der DDR auf die Vorgänge in der VR Polen; 17. 12. 1981. Den Einfluss der Presse auf die öffentliche Meinung betont auch Brandt, S. 298.

3 Vgl. Gunter Holzweißig, *Zensur ohne Zensor. Die SED-Informationsdiktatur*, Bonn 1997, S. 18 ff.

Urkunde, eine Anordnung noch ein Befehl finden, der die offizielle Informationspolitik hinsichtlich der polnischen Frage geregelt oder eine Zensur verfügt hätte. Aller Wahrscheinlichkeit nach wurden sämtliche Maßnahmen im Rahmen der bestehenden Kontrollsysteme durchgeführt und von den Staatsinstanzen laufend beaufsichtigt.⁴ Die maßgeblichen Direktiven für den ostdeutschen Journalismus entstanden in der Abteilung Agitation des SED-Zentralkomitees. Für die Anleitung der Zeitungen der Blockparteien war zudem das Presseamt des DDR-Ministerrates zuständig, das bei Verstößen gegen die erteilten Weisungen auch nachträgliche »Auswertungsgespräche« durchführte.⁵ Eine wichtige Funktion erfüllten daher auch die Chefredakteure, die für den Inhalt ihrer Blätter hafteten und jeden Beitrag schon im eigenen Interesse kontrollierten. Und schließlich gab es noch die Selbstzensur der Journalisten, die ihre Texte willfährig nach den Erwartungen der SED gestalteten.⁶

Ein weiteres wichtiges Lenkungsmittel war die Zentralisierung der Nachrichtengebung. Die einzelnen Redaktionen hatten keinen direkten Zugang zu den Meldungen der ausländischen Presseagenturen. Dieses Privileg war nur dem Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst (ADN) vorbehalten, der einzigen Presseagentur der DDR. Sie bearbeitete fremde Nachrichten gemäß den Weisungen der SED und gab sie anschließend gefiltert an die Redaktionen weiter.⁷ Der ADN verfügte, wie in zahlreichen anderen Ländern auch, über eigene Korrespondenten in Polen. Im untersuchten Zeitraum waren dies vor allem Paul Weinreich und Horst Iffländer, daneben Gerhard Kowalski, Willi Wurdak, Klaus Anton, Wolfgang Szusgien und Irma Weinreich. Ihre Berichte über die Entwicklung in der Volksrepublik Polen, die in allen ostdeutschen Tageszeitungen sehr oft zitiert wurden, hatten meist die Form von subjektiven Analysen und konnten deswegen, im Vergleich zur »amtlichen« Berichterstattung, schärfere Bewertungen, Formulierungen und Begriffe enthalten – z. B. offene, direkte Kritik sowohl an der *Solidarność* als auch an der polnischen Gesellschaft und der kommunistischen Partei.

Im vorliegenden Beitrag wird das Bild der *Solidarność*, das die Medien der DDR zu zeichnen versuchten, am Beispiel des »Sächsischen Tageblatts« aus Dresden einer näheren Analyse unterzogen. Das regionale sächsische Organ der

4 Wojtaszyn, *Obraz Polski*, S. 94.

5 Ebd. und Schlosser, S. 105.

6 Vgl. Kluge u. a. und Verena Blaum, *Ideologie und Fachkompetenz. Das journalistische Berufsbild in der DDR*, Köln 1985.

7 Vgl. Holzweißig, S. 81 ff.; Hanna Biaduń-Grabarek, *Das Bild der Ereignisse des Jahres 1989 in Polen im Organ des ZK der SED Neues Deutschland als Beispiel der Sprachmanipulation*, Bonn 2004, S. 20 f.

Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD)⁸ erschien in einer Auflage von etwa 60 000 Exemplaren. Nach den Zeitungen der SED war sie gemeinsam mit dem Blatt der Ost-CDU (»Die Union«) die auflagenstärkste Zeitung der Region. Bis zur völligen »Gleichschaltung« der DDR-Presse in den 1950er Jahren wurden sowohl das »Sächsische Tageblatt« als auch die »Union« aufgrund der eigenständigen Berichterstattung gern gelesen. Doch auch später blieben sie bei ihren Lesern, die zumeist dem früheren Mittelstand und der neuen Intelligenz entstammten, als Alternative zu den SED-Blättern geschätzt, obwohl sie – wie alle DDR-Zeitungen – Argumentationsanweisungen und Pflichtartikel aus Berlin bezogen. Zum Verbreitungsgebiet des »Tageblattes« gehörte auch die spöttisch »Tal der Ahnungslosen« genannte Gegend rund um Dresden, in der die westlichen elektronischen Medien nur sehr eingeschränkt empfangen werden konnten.⁹ Nachdem die Grenze nach Polen geschlossen worden war, hatten die Bürger dieser Region auch keine Möglichkeit mehr, direkt von polnischen Touristen Informationen über die Solidarność und die Ereignisse im Nachbarland zu erhalten. Sie waren zur fast ausschließlichen Rezeption der offiziellen DDR-Berichterstattung verurteilt.

Die Analyse zeigt, dass die zentrale Lenkung und Kontrolle der Presse zu einer weitgehenden Uniformität der ostdeutschen Tageszeitungen führte. Sämtliche Artikel, die 1980/1981 über Polen veröffentlicht wurden, ähnelten einander sehr, da sie denselben Informationsquellen entstammten. Das »Sächsische Tageblatt« übernahm in diesem Zeitraum – neben den Berichten von ADN – viele Beiträge des SED-Zentralorgans »Neues Deutschland«, die ohnehin auf ADN-Berichten oder Vorgaben der SED beruhten. Zu den Quellen der Berichterstattung gehörten auch die polnischen und sowjetischen Nachrichtenagenturen, Zeitungen, Radio und Fernsehen, außerdem die Presseagenturen der übrigen sozialistischen Länder. Die Redaktionen der Zeitungen bezogen darüber hinaus auch Materialien westlichen Ursprungs, die nach politischen Prämissen ausgewählt, bearbeitet und kommentiert wurden. Durch Selektion und Manipulation konnten auch solche Quellen den Absichten der SED zunutze sein, da sie den Anschein einer objektiven Auseinandersetzung mit der polnischen Gewerkschaftsbewegung vermittelten.

8 Zur 1945 gegründeten LDPD siehe insbesondere Ulf Sommer, Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands. Eine Blockpartei unter Führung der SED, Münster 1996, sowie Jürgen Frölich, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, in: Gerd-Rüdiger Stephan u. a. (Hrsg.), Die Parteien und Organisationen in der DDR. Ein Handbuch, Berlin 2002, S. 36–81.

9 Vgl. Horst Dieter Schlosser, Die deutsche Sprache in der DDR zwischen Stalinismus und Demokratie. Historische, politische und kommunikative Bedingungen, Köln 1990, S. 120.

In der sechzehnmonatigen Solidarność-Zeit, von August 1980 bis Dezember 1981, gehörten die Ereignisse in Polen zu den »Lieblingsthemen« des »Sächsischen Tageblatts«. In diesem Zeitraum veröffentlichte die Zeitung 333 Artikel, die diesem Gegenstand gewidmet waren. Die genaue quantitative Gliederung wird in der folgenden Tabelle dargestellt.

Jahr	Monat	Artikelanzahl
1980	Mitte August	12
1980	September	24
1980	Oktober	14
1980	November	18
1980	Dezember	25
1981	Januar	14
1981	Februar	17
1981	März	18
1981	April	6
1981	Mai	16
1981	Juni	10
1981	Juli	36
1981	August	14
1981	September	32
1981	Oktober	44
1981	November	25
1981	Mitte Dezember	8
	Summe	333

Tab. 1. Anzahl und Gliederung der Artikel mit polenspezifischen Themen im »Sächsischen Tageblatt« in den einzelnen Monaten der Jahre 1980/81 (seit den ersten Informationen über Streiks bis zur Verhängung des Kriegsrechts)

Damit berichtete die Zeitung häufiger aus Polen als aus der Sowjetunion, den anderen sozialistischen Ländern oder auch der Bundesrepublik Deutschland. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 1980 brachte das »Sächsische Tageblatt« in den einzelnen Monaten etwa 40 Prozent mehr Artikel über Polen.

Das »Neue Deutschland« veröffentlichte allerdings in dieser Zeit noch weit aus mehr Artikel zu den polnischen Ereignissen – nämlich ungefähr 600.¹⁰ Im Vergleich zum »Sächsischen Tageblatt« druckte das ND auch deutlich längere Beiträge, in denen die Situation hinter Oder und Neiße einer genaueren Analy-

¹⁰ Vgl. Wojtaszyn, *Obraz Polski*, S. 95.

se unterzogen wurde. Das »Sächsisches Tageblatt« stellte hingegen die Lage in Polen häufiger in kurzen Meldungen dar, die die Thematik nur verknüpft und oberflächlich präsentierten.

	bis 20 Zeilen	bis 50 Zeilen	bis 100 Zeilen	über 100 Zeilen
Neues Deutschland	22	33	30	15
Sächsisches Tageblatt	33	40	20	7

Tab. 2. Länge der Artikel mit polenspezifischen Themen im »Neuen Deutschland« und im »Sächsischen Tageblatt« zwischen August 1980 und Dezember 1981 (Prozentuale Verteilung)

Die Artikel über Polen, die 1980/1981 im »Sächsischen Tageblatt« veröffentlicht wurden, behandelten – außer der politischen Entwicklung – besonders solche Vorkommnisse, die bei den Lesern negative Assoziationen hervorrufen mussten, zum Beispiel Unglücke in Bergwerken, Flugzeugentführungen, Brände, Verkehrs- und Eisenbahnunfälle. Hingegen verschwanden Nachrichten über kulturelle, wissenschaftliche und sportliche Ereignisse, die noch im Juli 1980 in der Zeitung zu lesen waren, fast völlig aus dem Inhalt. Im »Sächsischen Tageblatt« fehlten alle Informationen über den »apolitischen« Alltag Polens, sogar in jener Rubrik, in der lokale Nachrichten über Nachbarregionen präsentiert wurden.

Die ersten Informationen über die Lage in Polen erschienen im »Sächsischen Tageblatt« am 18. August 1980 in einer kurzen Meldung über eine Fernsehansprache des Ministerpräsidenten Edward Babiuch.¹¹ Sie wurde am darauffolgenden Tag mit einer längeren Zusammenfassung fortgesetzt. Babiuch hatte auf die komplizierte Lage Polens hingewiesen und die Bürger seines Landes zu gemeinsamen Anstrengungen bei der Überwindung der »gegenwärtigen Schwierigkeiten« aufgerufen. Der Begriff »Streik« wurde in den Zeitungen der DDR nicht verwendet. Stattdessen war von »zeitweiligen Arbeitsunterbrechungen in Orten, Betrieben und kommunalen Unternehmen« die Rede¹², am nächsten Tag von »Störungen im Produktionsrhythmus«, auf die sich »niemand einlassen dürfe. Nötig seien Ruhe und vor allem Redlichkeit und Disziplin in der täglichen Arbeit an jedem Arbeitsplatz und in jeder Werkstatt«¹³. Am 20. August berichtete das »Sächsische Tageblatt« über eine weitere Fernsehansprache eines polnischen Spitzenpolitikers, und zwar des Ersten Sekretärs der Polnischen

11 E. Babiuch an Bürger Polens, ST, 18. 8. 1980, S. 2; den ersten Hinweis auf die Lage in Polen hatte »Neues Deutschland« am 16. 8. 1980 veröffentlicht, vgl. Wojtaszyn, *Obraz Polski*, S. 103.

12 E. Babiuch an Bürger Polens, ST, 18. 8. 1980, S. 2

13 Disziplin an jedem Arbeitsplatz, ST, 19. 8. 1980, S. 2.

Vereinigten Arbeiterpartei PVAP, Edward Gierek.¹⁴ Wie Babiuch warnte auch Gierek vor Versuchen »anarchistischer und antisozialistischer Gruppen«, die Ereignisse in Gdańsk und anderen Teilen des Landes »politisch auszunutzen«. »Jegliche Aktivität, die die Grundlagen der politischen und sozialen Ordnung Polens antastet«, werde von der Staatsmacht entschieden bekämpft. In dieser Hinsicht seien Kompromisse ausgeschlossen: »Nur ein sozialistisches Polen kann ein freier und unabhängiger Staat sein«.¹⁵

Die Verleumdung der polnischen Opposition als »antisozialistisch« oder »unverantwortlich« gehörte in den nächsten Wochen zu den wichtigsten Methoden, derer sich das »Sächsische Tageblatt« bei der Beschreibung der Ereignisse in Polen bediente. Pejorative Schilderungen sollten den Lesern deutlich machen, mit welchen Personen sie es hier zu tun hätten: Mit inkompetenten, primitiven und gewalttätigen Menschen, die angeblich bereit waren, mit Gewalt gegen die Regierung und die polnische Partei vorzugehen. Besonders aufschlussreich ist ein Bericht von Jan Lipovski, eines Korrespondenten der tschechoslowakischen »Rudé Právo«, vom 5. November 1980 aus Warschau. Er wurde aus dem »Neuen Deutschland« übernommen. Lech Wałęsa, der Anführer der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung, und Jacek Kuroń, als Wałęsa-Berater vorgestellt, wurden dort sehr abwertend beschrieben.¹⁶ An anderer Stelle berichtete das »Sächsische Tageblatt« über die vermeintlichen Verbindungen Wałęsas zum neofaschistischen italienischen MSI,¹⁷ über seine Sympathien für Alexander Solschenizyn, der zu den schärfsten Kritikern der kommunistischen Ideologie gehörte, und vor allem über westdeutsche Organisationen, die angeblich die Solidarność finanzierten.¹⁸ In diesen Zusammenhang gehört auch ein Artikel, der auf Leserbriefen kommunistustreuer Polen an die polnische Parteizeitung »Trybuna Ludu« beruhte.¹⁹ Die oppositionellen Kräfte wurden darin offen des »Verkaufs des Vaterlandes« bezichtigt. Es sei »höchste Zeit«, so der Autor einer

14 VR Polen: Fernsehansprache von Edward Gierek, ST, 20. 8. 1980, S. 2.

15 Ebd. Siehe auch: VR Polen. Versammlungen in allen Landesteilen, ST, 30/31. 8. 1980, S. 2.

16 Rude Pravo: Zwei Gespräche, ST, 5. 11. 1980, S. 2.

17 Brief Wałęsas an Faschisten, ST, 22/23. 11. 1980, S. 2.

18 Aufschlußreiche Bekenntnisse in einer BRD-Illustrierten, ST, 25. 11. 1980, S. 2. Diese Andeutungen über eine westliche, »imperialistische« Verschwörung wurden in den nächsten Monaten verstärkt, vgl. z. B. Zur Lage in Polen: Chaos und Anarchie durch Solidarnosc, ST, 4. 2. 1981, S. 2: »Dabei sind die engen Bindungen dieser Kräfte an entspannungsfeindliche Kreise des Westens, Emigrantenorganisationen und Massenmedien unübersehbar. Eine besonders aktive Rolle spielen zahlreiche ausländische Korrespondenten, die neben ihrer Propagandaarbeit für »Solidarnosc« und »KOR« regelrecht als derer Verbindungsleute zu konterrevolutionären Zentren im Westen dienen. »Die ökonomische und politische Schwächung Polens soll als Element der Destabilisierung der Lage in Europa wirken« (Hervorhebungen durch den Autor).

19 Trybuna Ludu: Zu Lesermeinungen über antisozialistische Kräfte, ST, 22/23. 11. 1980, S. 2.

Leserzuschrift, den Polen über Presse, Rundfunk und Fernsehen zu zeigen, was die wahren Absichten und wer die Hintermänner der Solidarność seien.²⁰

Die SED-Führung gehörte zu den eifrigsten Befürwortern einer militärischen Intervention der Ostblockstaaten in der Volksrepublik Polen.²¹ Als die Sowjetunion von dieser Lösung im Dezember 1980 Abstand nahm, änderten sich Art und Weise der Berichterstattung in den Medien der DDR. In den nächsten Wochen war die wirtschaftliche Lage Polens eines der Hauptthemen des »Sächsischen Tageblattes«, wobei vor allem Produktionsausfälle in der Industrie sowie die Krise in der Landwirtschaft betont wurden.²² Auf diese Weise konnten die Streiks und die Forderungen der Opposition mit wirtschaftlichen Motiven erklärt werden, ohne näher auf die politischen Beweggründe der polnischen Arbeiter eingehen zu müssen. Damit wurde die Solidarność aber auch beschuldigt, die ökonomischen Probleme durch ihr »unverantwortliches Handeln« weiter zu verschärfen. Dieser Absicht diene beispielsweise ein Bericht des ADN-Korrespondenten in Warschau, Paul Weinreich, der am 4. Februar 1981 unter dem Titel »Chaos und Anarchie durch Solidarność« veröffentlicht wurde.²³ Weinreich kritisierte die polnische Opposition – die Solidarność und das Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (KOR)²⁴ – und bezeichnete sie als »konterrevolutionär« und schuldig an der Lage im Land: »Die Führer von ›Solidarność‹ provozieren Tag um Tag vorsätzlich Chaos und Anarchie. Was dem Beobachter im Lande seit langem deutlich wurde, tritt jetzt immer drastischer hervor: Diese Leute haben – im

20 Ebd.

21 Wojtaszyn, *Obraz Polski*, S. 59 f.; Manfred Wilke, Reinhard Gutsche, Michael Kubina, *Die SED-Führung und die Unterdrückung der polnischen Oppositionsbewegung 1980/81*, Köln 1994 (Berichte des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien 36), S. 8; Andrzej Paczkowski, *Droga do »mniejszego zła«*. Strategia i taktyka obozu władzy lipiec 1980-styczeń 1982, Kraków 2002, S. 106 ff.; vgl. auch Dokumente der Nationalen Volksarmee der DDR und SED: Befehl Nr. 118/80 des Ministers für Nationale Verteidigung über die Vorbereitung und Durchführung einer gemeinsamen Ausbildungsmaßnahmen der Vereinten Streitkräfte vom 6. 12. 1980, in: Michael Kubina und Manfred Wilke (Hrsg.), »Hart und kompromisslos durchgreifen«. Die SED contra Polen 1980/81. Geheimgakten der SED-Führung über die Unterdrückung der polnischen Demokratiebewegung, Berlin 1995, S. 217–219; Stenografische Niederschrift des Treffens führender Repräsentanten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages am 5. Dezember 1980 in Moskau, in: ebd., S. 140–195.

22 Produktionsausfälle, ST, 11. 12. 1980, S. 2; Zu Polens Landwirtschaft, ST, 17/18. 1. 1981, S. 2; Polen: Vor Zuspitzung gewarnt, ST, 20. 1. 1981, S. 2.

23 Zur Lage in Polen: Chaos und Anarchie durch Solidarnosc, ST, 4. 2. 1981, S. 2.

24 Das KOR (Komitet Obrony Robotników) war eine Gruppe der polnischen Bürgerrechtsbewegung, die im Jahre 1976 als Reaktion oppositioneller Intellektueller auf das Vorgehen der Parteiführung gegen die Teilnehmer der damaligen Arbeiterproteste entstand. Vgl. z. B. Jan Józef Lipski, *Komitet Obrony Robotników KOR*. Komitet Samoobrony Społecznej, Londyn 1983.

Bunde mit den Rädelsführern der antisozialistischen Gruppe ›KOR‹ – die Konterrevolution auf ihre Fahnen geschrieben.«²⁵

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten hätten – so das »Tageblatt« in mehreren Artikeln – auch direkte Folgen für die internationalen Verpflichtungen der Volksrepublik Polen, besonders im Fall des Kohleexports, der von strategischer Bedeutung für die Wirtschaft der DDR war. In diesem Kontext wurde häufig über zusätzliche Lieferungen aus der DDR nach Polen berichtet,²⁶ um den Lesern deutlich zu machen, welchen schwerwiegenden Einfluss die Aktivitäten der polnischen Opposition auf die Wirtschaftslage in der DDR und auf das Alltagsleben ihrer Bürger hätten. Wie Paul Weinreich betonte, habe nicht nur die polnische Gesellschaft einen hohen Preis für die Eskalation der Spannungen und für das Chaos in der Wirtschaft zu zahlen, sondern auch die DDR.²⁷

Die Angriffe auf die freie polnische Gewerkschaft gewannen zunehmend an Schärfe. Die Zeitungen der DDR verbreiteten – als erste überhaupt²⁸ – Informationen über angeblichen Solidarność-Terror. Die Solidarność wurde als eine Organisation dargestellt, die Gewalt gegen den politischen Gegner anwende. Dem »Sächsischen Tageblatt« zufolge ging dies aus Meldungen aus mehreren Regionen Polens hervor.²⁹ Die Zeitung beschrieb Fälle, in denen Betriebe von Vertretern der Solidarność »eigenmächtig« besetzt worden wären. Arbeiter, die sich mit den Forderungen der Gewerkschaft nicht in allen Punkten einverstanden erklärten, würden – so die Zeitung weiter – unter Druck gesetzt. In dieselbe Richtung zielte ein Artikel, der auf Grundlage eines offenen Briefes des Solidarność-Führers von Jastrzębie, Jarosław Sienkiewicz, an die »Trybuna Ludu« entstand.³⁰ In seinem Brief erklärte Sienkiewicz, der seit zwölf Jahren der PVAP angehörte, die Gründe, die ihn zum Rücktritt von seiner Gewerkschaftsfunktion veranlasst hätten. Weil er sich Aktionen der Solidarność widersetzte, die deren politische Vorherrschaft zum Ziel hatten, sei er zu einer »inakzeptablen Person« geworden. Der Briefautor verband damit die suggestive Frage, »ob ›Solidarność‹ eine Plattform privater Spiele und politischer Ambitionen«³¹ geworden sei. Nach Meinung Sienkiewiczs war die Solidarność mittlerweile

25 Zur Lage in Polen: Chaos und Anarchie durch Solidarnosc, ST, 4. 2. 1981, S. 2.

26 Zu den Handelsgesprächen DDR-Polen, ST, 16. 12. 1980, S. 2.

27 Zur Lage in Polen: Chaos und Anarchie durch Solidarnosc, ST, 4. 2. 1981, S. 2.

28 Brandt, S. 299.

29 Konterrevolution will Lage in Polen weiter destabilisieren, ST, 10. 12. 1980, S. 2; Polen: Vor Zuspitzung gewarnt, ST, 20. 1. 1981, S. 2.

30 »Solidarnosc«-Führer: Funktion niedergelegt, ST, 30. 1. 1981, S. 2.

31 Ebd.

»so weit von der Vertretung der Interessen der Belegschaften entfernt«, dass sie aufhöre, deren »ehrliche Vertretung zu sein«.³²

Im Artikel »Polen: Leserbriefe an ›Trybuna Ludu««, den das »Sächsische Tageblatt« am 28. Januar 1981 druckte, kamen einmal mehr besorgte polnische Bürger zu Wort.³³ Sie verurteilten »erpresserische Versuche bestimmter Kräfte von ›Solidarność‹ gegenüber der Regierung« und betonten, dass das »gesellschaftlich-ökonomische und politische Durcheinander« und die »rechtswidrigen Aktivitäten« der Solidarność »in die Katastrophe« führen würden.³⁴ Der Text, der auch in anderen ostdeutschen Zeitungen erschien, enthielt zugleich eine ungewöhnlich scharfe und direkte Kritik an der polnischen Gesellschaft. Erstmals wurde zur Beurteilung der Lage Polens auch das diffamierende und stark vereinfachende Schema angewendet, dem zufolge »die Polen streiken, weil sie nicht arbeiten wollen« oder »die Polen streiken, weil sie faul sind«.³⁵

Durch die Diskreditierung der Ziele und Aufgaben der Solidarność sollte zweifellos ein negatives Bild der polnischen Gewerkschaft geprägt werden. Darüber hinaus versuchten die Medien der DDR, die gesamte polnische Gesellschaft mit der Opposition zu identifizieren. Die Kritik, die anfangs lediglich die »antisozialistischen« Gruppierungen betraf, wurde sukzessive auf die Mehrheit der Bevölkerung erweitert. Vermeintliche oder tatsächliche Eigenheiten der Polen, die den meisten DDR-Bürgern fremd waren und daher Misstrauen und Antipathie erregen mussten, erschienen bei dieser Darstellung als Nährboden für die Tätigkeit der Solidarność. Neben allen Stereotypen, die zur sprichwörtlichen »polnischen Wirtschaft« gehörten, waren dies vor allem der Katholizismus³⁶ und ein überspitzter Nationalismus, der sich gegen die Sowjetunion, die gesamte »sozialistische Staatengemeinschaft« und besonders gegen die DDR richtete.³⁷ Die Solidarność wurde außerdem bezichtigt, zu »kapitalistischen Verhältnissen« zurückkehren zu wollen. Bei dieser Behauptung berief man sich vor allem auf die Interviews, die Jacek Kuroń der westdeutschen Presse gegeben hatte.³⁸

Am 11. Februar 1981 übernahm Verteidigungsminister Wojciech Jaruzelski das Amt des polnischen Ministerpräsidenten. Dieser Wechsel wurde in den

32 Ebd.

33 ST, 28. 1. 1981, S. 2.

34 Ebd.

35 Im »Neuen Deutschland« wurde der Artikel unter dem bezeichnenden Titel: »Ohne Arbeit kann keine Gesellschaft leben« veröffentlicht, vgl. »Neues Deutschland«, 28. 1. 1981, S. 2.

36 Aus einem Bericht von TASS zur Lage in Polen, ST, 12/13. 12. 1981, S. 2.

37 VR Polen: Antisowjetische Aktivitäten, ST, 2. 6. 1981, S. 2; Aus einem Bericht von TASS zur Lage in Polen, ST, 12/13. 12. 1981, S. 2.

38 Wałęsa-Berater Kuron: Für Änderung der Machtverhältnisse in der VR Polen, ST, 31. 12. 1980, S. 2; Trybuna Ludu: Kurons Pläne, ST, 14. 1. 1981, S. 2.

Zeitungen der DDR recht positiv beurteilt, weil man nun ein härteres Vorgehen gegen die Solidarność erwartete. Auch das »Sächsisches Tageblatt« widmete diesem Ereignis viel Platz. Der Ton der Berichte über Polen wurde etwas freundlicher.³⁹ Die plötzliche Aufhellung des Polenbildes war jedoch schon bald zu Ende. Nach den Ereignissen in Bromberg/Bydgoszcz, wo Solidarność-Aktivisten das Gebäude des Wojewodschaftsamtes besetzt hielten, bis es gewaltsam von der polnischen Miliz geräumt wurde,⁴⁰ kehrte die Presse zu ihrer alten Rhetorik zurück.⁴¹ Die negative Beurteilung der Lage in Polen wurde seither durch Berichte und Meldungen über das Manöver »Sojus 81« der sowjetischen, polnischen, ost-deutschen und tschechoslowakischen Armeen ergänzt, womit eine spezifische Atmosphäre der Bedrohung geschürt werden sollte.⁴²

Die »Tatenlosigkeit« der PVAP gegenüber der Opposition und der zunehmende Einfluss der Solidarność in der polnischen Gesellschaft verursachten im Sommer 1981 eine weitere Verschärfung der Berichterstattung. Die Lage in der Volksrepublik Polen wurde immer häufiger mit den Begriffen »Chaos« und »Anarchie« bezeichnet, was nicht nur auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, sondern auch auf die politischen Verhältnisse gemünzt war. Die Regierungspartei, so der Tenor mehrerer Berichte, habe die Kontrolle über die Gesellschaft eingebüßt.

Der Solidarność sei es dadurch möglich gewesen, »Polizei- und Sicherheitskräfte an der Ausübung ihrer Pflichten« zu hindern.⁴³ Zu den gefährlichen Aktivitäten der Gewerkschaft gehörten – so die Medien der DDR – auch die illegale Besetzung von staatlichen Einrichtungen und selbst Brandanschläge gegen Gebäude der PVAP.⁴⁴ Die negative Berichterstattung erreichte ihren Höhepunkt mit Andeutungen über die Bildung von »Sturmtruppen« der Solidarność, die

39 In seiner Antrittsrede vor dem Sejm hatte Jaruzelski die Bürger zu Besonnenheit und »90 ruhigen Arbeitstagen« aufgerufen. Wojciech Jaruzelski neuer Ministerpräsident der VR Polen, ST, 12. 2. 1981, S. 1; Wojciech Jaruzelski vor dem Sejm, ST, 13. 2. 1981, S. 1.

40 Am 19. März 1981 drohte Solidarność daraufhin mit einem Generalstreik und verlangte, die Ereignisse in Bydgoszcz genau und gerecht aufzuklären.

41 Vgl. z. B. »Solidarnosc« provozierte Streik. PAP: Rapide Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, ST, 28/29. 3. 1981, S. 2; VR Polen: Neue Angriffe auf Partei und Staat, ST, 22. 4. 1981, S. 2.

42 Die Berichte über »Sojus 81« erschienen zwischen dem 21. März und dem 9. April. Das Manöver, das seit dem 17. März 1981 mit rund 30 000 Soldaten auf dem Territorium Polens stattfand, wurde in polnischen Oppositionskreisen und im Westen als Versuch gewertet, die Solidarność einzuschüchtern. Vgl. Paweł Machcewicz, Die polnische Krise von 1980/81, in: Bernd Greiner, Christian Th. Müller, Dierk Walter (Hrsg.), Krisen im Kalten Krieg, Hamburg 2008, S. 494 f.

43 VR Polen: Verschärfte Angriffe, ST, 14. 5. 1981, S. 2; VR Polen: Zunehmende Destabilisierung. Von ADN-Korrespondent Paul Weinreich, ST, 21. 5. 1981, S. 2.

44 VR Polen: Zunehmende Destabilisierung. Von ADN-Korrespondent Paul Weinreich, ST, 21. 5. 1981, S. 2; Brandanschlag auf Gebäude der PVAP, ST, 28. 7. 1981, S. 2; »Solidarnosc« provoziert weiter, ST, 16. 9. 1981, S. 2.

besonders im Dezember 1981, unmittelbar vor der Verhängung des Kriegsrechts in der Volksrepublik Polen, verbreitet wurden. Mehrfach war von »paramilitärischen Banden«, »Rollkommandos«, »Knüppelgarden« oder »Schlägertrupps« die Rede, die »nach klassischen, faschistischen Mustern« oder »nach dem Vorbild der SA« gebildet worden wären.⁴⁵

All dies diene letztlich dazu, die DDR-Bevölkerung auf eine gewaltsame Lösung der polnischen Krise vorzubereiten. Aus einem Bericht Paul Weinreichs vom 22. September 1981 konnten die Leser erfahren, was die Spannungen im Lande »wirklich« bedeuteten: eine »Auseinandersetzung um Erhalt und Wiedererstarben oder weitere Demontage und Zerstörung des Sozialismus und der Rolle Volkspolens im sozialistischen Bündnis«.⁴⁶ Diese Auseinandersetzung sei in die entscheidende Phase getreten. Die wichtigste Aufgabe der Staatsmacht – das »Gebot der Stunde« – bestehe darum im entschiedenen Zurückschlagen der »Konterrevolution«.⁴⁷ Die Informationen über den angeblichen Solidarność-Terror wurden dementsprechend fortgesetzt. Dieser Terror richte sich – so das »Sächsische Tageblatt« – nicht nur gegen den politischen Gegner⁴⁸ oder eigene kritische Mitglieder, sondern vor allem gegen jene Personen, die sich nicht an Streiks beteiligen wollten oder es ablehnten, diese zu politischen Zwecken auszunutzen.⁴⁹ Sie müssten unter ständigen Schikanen leiden, hätten Angst vor Vergeltungsmaßnahmen, dem Verlust des Arbeitsplatzes oder körperlichen Angriffen und wären völlig von den Führern der Gewerkschaft abhängig. Mit all diesen »Mitteln der Demagogie und Hetze, der Erpressung und des Drucks«⁵⁰ versuche die Solidarność »eine Stabilisierung der Lage zu verhindern«.⁵¹

Erst die Verhängung des Kriegszustandes in Polen in der Nacht vom 12. zum 13. Dezember 1981 bewirkte den Verzicht auf die bis dahin benutzten Propagandatechniken und -mechanismen. Die neue Situation im Nachbarland, die

45 Aus einem Bericht von TASS zur Lage in Polen, ST, 12/13. 12. 1981, S. 2. Siehe auch »Zolnierz Wolności«: Anschlag auf den Sozialismus, ST, 10. 5. 1981, S. 2; VR Polen: Lage äußerst gespannt, ST, 22. 9. 1981, S. 2.

46 Ebd.

47 Ebd.

48 »Wir stehen heute also einem grundlegenden politischen Konflikt, anwachsenden Erscheinungen der Aggression gegen die Partei und die Staatsmacht und einem sich immer stärker entfaltenden Kampf um die Macht gegenüber«, Krisensituation dauert an. Von ADN-Korrespondent Gerhard Kowalski, ST, 11. 8. 1981, S. 2.

49 Ebd.; VR Polen: Zunehmende Destabilisierung. Von ADN-Korrespondent Paul Weinreich, ST, 21. 5. 1981, S. 2; »Solidarnosc« verhindert Erscheinen von Zeitungen. Von ADN-Korrespondent Gerhard Kowalski, ST, 20. 8. 1981, S. 2; Weiter Zeitungsstreik, ST, 21. 8. 1981, S. 2; PAP: Streiks sind »Streikterrorismus«, ST, 29. 10. 1981, S. 2.

50 Krisensituation dauert an. Von ADN-Korrespondent Gerhard Kowalski, ST, 11. 8. 1981, S. 2.

51 Ebd.

sich gemäß den Hoffnungen der SED entwickelte, wurde auch im »Sächsischen Tageblatt« ausführlich dargestellt. In den ersten beiden Wochen des Kriegszustandes veröffentlichte die Zeitung etwa 60 Artikel zu diesem Thema.⁵² Dabei wurde insbesondere über die Maßnahmen der Regierung der Volksrepublik Polen und die angeblich bejahenden Reaktionen der polnischen Bürger berichtet.⁵³ Mit Genugtuung wurde behauptet, die Verhängung des Kriegsrechts hätte zum moralischen Wiederaufleben der polnischen Gesellschaft geführt. Aus den Berichten über die Situation hinter der Ostgrenze verschwanden alle antipolnischen Stereotype, und die Zeitung kehrte zur Rhetorik aus der Zeit vor August 1980 zurück: Polen war wieder ein »Bruderland«, die polnische Nation ein »Brudervolk«, die gemeinsamen Beziehungen beruhten auf »Verbundenheit« und »Freundschaft«. In den Artikeln aus und über Polen betonte man die Gleichheit der Interessen und den »Aufschwung« im bilateralen Verhältnis. Breiten Raum nahm dabei die Berichterstattung über eine Hilfsaktion für Polen ein, mit der die SED zur Jahreswende 1981/82 ihr Mitgefühl und ihr Verständnis für die polnische Bevölkerung demonstrieren wollte.⁵⁴ In den nächsten Monaten des Kriegsrechts spielten freilich die Ereignisse im Nachbarland eine immer kleinere Rolle, und die Artikel und Kommentare zum Polenthema nahmen mit der Zeit ab.

52 Vgl. Wojtaszyn, S. 141 ff.

53 Vgl. z. B. Proklamation des Militärrates für die Nationale Rettung Polens; Polens Staatsrat verfügte Maßnahmen; Ausnahmebestimmungen für Rundfunk und Fernsehen angeordnet, ST, 14. 12. 1981, S. 1,2; TASS zu den Ereignissen in der VR Polen, ST, 16. 12. 1981, S. 2; PAP: Rettung des Landes erfordert außerordentliche Maßnahmen des Militärrates, ST, 16. 12. 1981, S. 2; Zur Lage in Polen, ST, 17. 12. 1981, S. 2; Unterstützung für Maßnahmen des Militärrates, ST, 18. 12. 1981, S. 2; VR Polen: PVAP-Mitglieder zunehmend aktiv, ST, 29. 12. 1981, S. 2; PVAP-Mitglieder erfüllen ihre Aufgaben, ST, 30. 12. 1981, S. 2; VR Polen: Normalisierung schreitet fort, ST, 30. 12. 1981, S. 2; VR Polen: Fortschreitende Normalisierung, ST, 31. 12. 1981, S. 2.

54 Das »Sächsische Tageblatt« berichtete vom 18. Dezember 1981 bis Ende Januar 1982 sehr häufig über diese Hilfsaktion, in deren Rahmen die DDR-Bürger Geld, Medikamente, Lebensmittel u. a. für ihre polnischen Nachbarn sammelten. In der Weihnachtszeit wurden darüber hinaus etwa 2 Millionen Pakete nach Polen geschickt. Siehe dazu Wojtaszyn, *Akcja pomocy NRD dla Polski po ogłoszeniu stanu wojennego – odruch serca czy przedsięwzięcie propagandowe?*, in: Basil Kerski u. a. (Hrsg.), *Przyjaźń nakazana? Stosunki między NRD i Polską w latach 1949–1990*, Wrocław 2009, S. 173 ff.